

Kurzkommentar zum Facebookpost von Hr. Miklau vom 23.6.2015

Das ist juristisch falsch:

Zitat: „Das Österreichische Bundesheer ist nun gefordert dieses Völker-und Menschenrecht über das **Völker-Menschenrecht Gericht für Kärnten und Steiermark** Rechtsgültig für die Österreichischen Menschen im Territorium Österreich einzufordern und auch zu Vollstrecken.“

Das ist eine juristische Luftnummer, bitte nicht davon beeindruckt lassen.

Nur störend.

Weiterer schwerer Fehler:

Die HLKO galt bis zum Staatsvertrag, der UNS ÖSTERREICHER unter Selbstverwaltung stellte. Der letzte Soldat zog ab, die Besatzung war vorbei. Damit auch die HLKO.

Hier nun die offiziellen Seiten der korrekten Völkerrechtssubjekte, die hier „zitiert und zweckentfremdet“ werden:

RADIO VGV: <http://radio.staatenbund.at>

www.staatenbund.at

International: <http://ae.staatenbund.at>

Kontakt: poststelle@staatenbund.at

Dieses Verwirrspiel geht von Gruppen aus, die Nummerntafeln verkaufen und solchen illegalen Blödsinn machen.

Und die Hoffnung und Dummheit der Menschen mißbrauchend. Unglaublich.

26. Juli 2015, 23:02 Uhr

ICCJV Kennzeichen Unterwegs :-)



Franz Hörmann hat Hannes Fröhlichs Foto geteilt.

29 Minuten · 🌐

Die ersten Autokennzeichen des Staates Steiermark... 😊



Hannes Fröhlich ▸ Monika Unger

27. Mai um 18:30 · 🌐

Es geht die ersten 1000 sind bald unterwegs

Hochachtungvoll

Di Franz Josef Suppanz

PS: Weiteres zur Sache auf www.suppanz.at

Beilage:



Gernot Miklau

54 Min · 

Militärkommando Kärnten - Kommandogebäude FM Hülgerth
zu Händen Presseoffizier: Hauptmann Christoph HOFMEISTER Mießtaler
Straße 11

9020 Klagenfurt am Wörthersee

Offener Brief.

Es wurde am 11 November 2015 der Staatenbund Österreich und folgende
Staaten als Völkerrechtlich wirksame Subjekte aus der Mitte des Volkes
ausgerufen.

Staat Steiermark am 26.10.2015

Staat Salzburg am 02.11.2015

Staat Burgenland am 11.11.2015

Staat Kärnten am 06.01 2016

Staat Oberösterreich am 10.01. 2016

Staat Tirol am 07.03.2016

Staat Niederösterreich am 28.05. 2016

Alle Regierungen dieser Erde und auch die UNO wurden von diesem
Vorgang schriftlich in Kenntnis gesetzt, und zugleich aufgefordert, ihr

[Gernot Miklau](#)

[48 Min](#) ·

Militärkommando Kärnten - Kommandogebäude FM Hülgerth
zu Händen Presseoffizier: Hauptmann Christoph HOFMEISTER Mießtaler Straße 11
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Offener Brief.

Es wurde am 11 November 2015 der Staatenbund Österreich und folgende Staaten als

Völkerrechtlich wirksame Subjekte aus der Mitte des Volkes ausgerufen.

Staat Steiermark am 26.10.2015

Staat Salzburg am 02.11.2015

Staat Burgenland am 11.11.2015

Staat Kärnten am 06.01.2016

Staat Oberösterreich am 10.01.2016

Staat Tirol am 07.03.2016

Staat Niederösterreich am 28.05.2016

Alle Regierungen dieser Erde und auch die UNO wurden von diesem Vorgang schriftlich in Kenntnis gesetzt, und zugleich aufgefordert, ihr Einspruchsrecht geltend zu machen.

Es kam kein Einspruch, somit ist der Staatenbund Österreich ein legales, legitimes Völkerrecht-Subjekt, im höheren Rechtskreis des Völkerrechtes.

JEDES RECHT IST AUF DER SEITE DER

VERFASSUNGSGEBENDEN VERSAMMLUNG

Selbstbestimmungsrecht der Völker

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist eines der Grundrechte des Völkerrechtes. Es besagt, dass ein Volk das Recht hat, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden. Dies schließt seine Freiheit von Fremdherrschaft ein. Dieses Selbstbestimmungsrecht ermöglicht es einem Volk, eine Nation bzw. einen eigenen nationalen Staat zu bilden oder sich in freier Willensentscheidung einem anderen Staat anzuschließen.

Heute wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein als gewohnheitsrechtlich geltende Norm des Völkerrechtes anerkannt. Sein Rechtscharakter wird außerdem durch Artikel 1 Ziffer 2 der UN-Charta, durch den Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (IPBPR) sowie den Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (IPWSKR), beide vom 19. Dezember 1966, völkervertragsrechtlich anerkannt. Damit gilt es als universell gültig.

Ich selbst war lange Zeit Soldat im Österreichischen Bundesheer, ich selbst wurde Mitte der 80er Jahre dem Volke angelobt, sozusagen vereidigt. Mir selbst wurde die Einhaltung der Genfer Konventionen in Grundwehrdienst gelehrt. Ich selbst und alle meine Handlungen musste ich nur vor Gott, meinem eigenen Gewissen und der Genfer Konvention verantworten. Wie kann es sein, dass diese Errungenschaft beinahe in allen Bereichen des Lebens verloren gegangen ist?

Die Mentalität des absoluten Gehorchens, des Mundhaltens und des Ausführens von Befehlen, wird überall propagiert. Man darf nichts in Frage stellen oder kritisieren. Wer das macht ist bestenfalls ein Verschwörungsspinner, schlimmstenfalls ein Terrorist. Das Rechtssystem ist ausgehebelt, die Unschuldsvermutung beinahe abgeschafft. Menschen, die man willkürlich als "Feinde" definiert, werden ohne Skrupel und Beachtung der Völker- Menschenrechte entführt, gefoltert und eingesperrt.

Daraus folgt das Plündern des Volkes.

Man kann es gar nicht oft genug wiederholen: Das Erheben, insbesondere das Einziehen von Steuern, auch Verwaltungsstrafen, Gerichtsstrafen, Exekutionen usw. verstößt gegen das Völkerrecht.

Mit anderen Worten: Jede Steuer, ob nun Umsatzsteuer, Grundsteuer, Lohnsteuer,

Einkommensteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Ökosteuer, Kfz-Steuer oder welche Steuer auch immer. Auch eine Finanzierung von Kriegsgebahren Zahlungen wie:

Ordnungswidrigkeiten, Strafbefehlen, Grundbesitzabgaben, Sozialversicherungsabgabenbeiträge, Zwangsvollstreckungen, Farnissexekutionen, Abgabe der Eidesstattlichen

Versicherung, Zwangsversteigerungen „verstößt ganz klar gegen das Völkerrecht“.

Die bis zum heutigen Tage gültige und in 's Völkerrecht übergegangene Haager Landkriegsordnung sagt in Artikel 46 eindeutig und unmissverständlich:

Art. 46 HLKO. „Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.“

Art. 47 HLKO. „Die Plünderung ist untersagt“

Damit ist das Einziehen jedweder Steuer, Strafen, Versteigerungen, Exekutionen usw. untersagt. Die Bevölkerung sollte sich daher strikt weigern, auch nur noch einen einzigen Cent Steuern zu bezahlen.

Das Verlangen von Einkommensteuern ist noch perfider, als die sonst so widerrechtlich eingezogenen Steuern.

Das Einkommensteuergesetz z.B. stammt nämlich aus den 1930er Jahren und ist somit ein verbotenes Nazigesetz, welches skandalöserweise bis zum heutigen Tag angewendet wird.

Frage 1: Wieso wurde jahrzehntlang der Betrug von sogenannten „Behörden“ an der steuerzahlenden Bevölkerung verschleiert?

Frage 2: Wieso berichtet die alteingesessene österreichische Medienlandschaft nicht lang und breit darüber?

Habt ihr euch schon mal überlegt zu Frage 1 wieso: Der Betrug wurde aus folgenden Gründen verschleiert: Was die Bevölkerung nicht weiß, macht sie nicht heiß.

Und so zahlt die Bevölkerung bis zum heutigen Tag Steuern, Strafen und wird Exekutiert obwohl sie das gar nicht muss.

Bei sogenannten „Ämtern“ handelt es sich um Firmen des Imperiums Bundes, die nicht das kleinste Quäntchen eines rechtlichen Befugnisses besitzen, Steuern, Strafen und Exekutionen einzuziehen. Das darf natürlich auch niemand wissen und darum wird es verschleiert.

Habt ihr euch schon mal überlegt zu Frage 2 wieso: Die alteingesessene österreichische Medienlandschaft nie darüber berichtet, - weil diese Medien noch nie dazu da waren, um die Menschen über Tatsachen und Fakten zu informieren.

Die alteingesessenen Medien, die wir absolut korrekt schon immer als Propagandalügenmedien bezeichnen, sind Systemmedien.

Diese Lügen- und Wahrheitsunterdrückungsmedien stecken mit dem Unrecht erwiesen unter einer Decke. Wäre das nicht so, würden diese Medien ja lang und breit darüber berichten. Das passiert aber nicht... und ist noch nie passiert!

Sogenannte „Finanzämter“ berufen sich auf die Abgabenordnung. Diese ist allerdings ungültig, da sie keinen Geltungsbereich nennt.

Sie ist außerdem ungültig, weil Sie kein Datum nennt, wann sie in Kraft getreten sein soll. Damit ist die Abgabenordnung nie in Kraft getreten.

Interessant ist auch die UN Resolution 217 A (III) vom 10. Dezember 1948, die auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist.

Diese sieht in den einzelnen Artikeln gar keine Steuern vor. Es kommt sogar noch besser!

Sei es Kunst, Kultur, Wissenschaft in Artikel 27 Absatz 1...

oder Wohnung, Kleidung, Gesundheit und Wohl...

Alles muss laut Artikel 25 Absatz 1 jedem zur Verfügung gestellt werden. Siehe: Menschenrechte

Der Staat darf keine Angst vor Staatsverschuldung vorschleiben, nur weil er Geld an Personen zurückzahlen muß.

Das Völkerrecht verpflichtet zur Rückzahlung aller Steuern an die Bürger.

Das ist auch kein Problem, denn was ist denn Geld?!

Geld sind Münzen... sind bunte Zettel... sind virtuelle Zahlen auf einem Bildschirm. Die Herstellung von Geld ist also absolut kein Problem.

Wieso die sogenannten „Finanzämter“, sogenannte Steuerberater“, sogenannte „Finanzgerichte“ und der sogenannte „Rechnungshof“ die Bevölkerung betrügen, ist unklar.

Dass es noch immer Steuern gibt, ist ein Unding

Die nie inkraftgetretene Abgabenordnung hat so viele Grundrechte erwähnt, nur eben das wichtigste nicht: die Wegnahme des Geldes.

Steuern, Strafen, Exekutionen sind null und nichtig und die sogenannten „Finanzämter, Verwaltungsbehörden, Gerichte“ sind verpflichtet, alle Steuern, Strafen, Enteignungen zurückzuzahlen oder zurückzugeben.

Die wehren sich allerdings noch vehement, da man Angst hat, wegen Straftaten gegen das Völkerrecht für mehrere Jahre hinter Gittern zu kommen.

Diese Straftaten wurden aber bereits begangen. Es wäre daher sicher besser, die zu Unrecht kassierten Steuern, Strafen usw. wieder herauszurücken, denn das könnte durchaus zur Folge haben, dass die normale Bevölkerung kein Interesse mehr daran hat, die behördliche Bevölkerung hinter Schloss und Riegel zu bringen.

Behördliche und normale Bevölkerung sollte sich die Hand reichen, statt sich gegenseitig länger das Leben schwer zu machen.

Dass sich behördliche und normale Bevölkerung gegenseitig das Leben schwer macht, ist genau das, was „die da oben“ wollen, denn dann ist die gesamte Bevölkerung mit sich selbst beschäftigt und „die da oben“ können unbemerkt weiterhin Schwerverbrechen auf Kosten der behördlichen, wie auch der normalen Bevölkerung begehen.

Das muss vor allen Dingen die behördliche Bevölkerung begreifen. Diese muss sich fragen: „Was mache ich hier eigentlich und für wen mache ich das eigentlich? Für wen mache ich mich eigentlich jeden Tag mehrfach schwer strafbar?“

Die behördliche Bevölkerung (Gerichtsvollzieher, Polizisten, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Richter, usw.) muss sich darüber bewusst werden, dass sie gegen die Bevölkerung vorgeht, zu welcher sie selbst gehört.

Die behördliche Bevölkerung sollte sich nicht länger „von denen da oben“ sträflich benutzen lassen.

Nochmal: Behördliche Bevölkerung und normale Bevölkerung sollte besser gemeinsam gegen „die da oben“ vorgehen, statt sich noch länger gegenseitig das Leben schwer zu machen.

Daher möchten wir Sie höflichst an die folgenden Tatsachen erinnern:

„Wir Alle sind Kinder des Schöpfers.

Absolut NIEMAND hat das Recht, über einen anderen Menschen zu herrschen!

Im Naturrecht und im Völkerrecht gibt es keine Gesetze, wo man einen Menschen zur Sache machen kann.

Die Besatzer/Alliierten haben das nicht so vorgesehen. Die Genfer Konvention und die Haager Landkriegsordnung (Kriegsgefangene) die von der Firma Republik Österreich unterschrieben wurde, regelt alles.

Ein Mensch ist ein beseeltes Lebewesen aus Körper, Geist und Seele. Mit Menschen kann man nicht handeln.

Welche Institutionen immer noch glauben, dass sie mit Menschen „Sklaverei und Leibeigenschaft“ betreiben können, und das im 21. Jahrhundert, die haben sich vermutlich im Jahrhundert geirrt!

Folgende Straftaten wurden so von privat haftenden Privatpersonen verübt:

Amtsanmaßung

Vortäuschung von Hoheitsrechten

Räuberische Erpressung mit Androhung von Inhaftierung und somit

Geiselnahme und Freiheitsberaubung

Urkundenfälschung, Willkür, Rechtsbeugung,

schwerer Betrug

schwere Nötigung

Personenstands-fälschung

Bereicherung am Geburtsurkundentreuhandvermögen auf Kosten des Begünstigten

Sklaverei und Leibeigenschaft unter Mißbrauch des bürgerlichen Todes.

Und da gibt es noch viele Stichworte die die Menschen in Österreich bewegen.....

Ich sage nur Hypo?, Wahlbetrug ? Staatsverschuldung?,,,,,usw.usw.usw.

Last not least ist die künstlich inszenierte Völkerzuwanderung in Österreich aufzulisten.

FAZIT: Österreich schützt die Menschen in diesem Land nicht mehr !!!

Wir lassen uns das Alles nicht mehr länger gefallen:

Das Österreichische Bundesheer ist nun gefordert dieses Völker-und Menschenrecht über das Völker-Menschenrecht Gericht für Kärnten und Steiermark Rechtsgültig für die Österreichischen Menschen im Territorium Österreich einzufordern und auch zu Vollstrecken.

Und wie auch schon die Juristin im Verteidigungsministerium Monika Donner in einigen öffentlichen Interview,s bestätigt hat ,sind alle die oben aufgezählten Miss-stände bekannt.

Mussolini definierte den Faschismus als Verschmelzung der Konzernmacht mit der Staatsmacht, und genau so ist es heute. Wir leben ja fast schon in einer faschistischen Diktatur.

Und diesmal gibt es von Niemanden mehr eine Ausrede zu tätigen, wir hätten von Nichts gewusst, oder wir standen unter Befehlsnotstand.

Dieses Schreiben ist keine Aufforderung zu einem Militärputsch in Österreich, sondern ist eine Öffentliche Aufforderung des Staates Kärnten vgv zur Hilfestellung, um den Menschen in Österreich wieder Gehör und Sicherheit zu gewährleisten, und unseren 1. Verfassungsgrundsatz gerecht zu werden:

Jeder Mensch hat das Recht ,in Liebe, Freiheit, Freude, Glück, Wahrheit, Gerechtigkeit und Wohlstand (unter unserem Schöpfer) auf Mutter Erde zu leben und seine Lebensaufgabe zu verwirklichen.

Sie haben nun 7 Tage Zeit unserem Gerhard aus der Fam Büdenbender Mießtalerstr.23 9020

Klagenfurt am Wörthersee; Vorsitzenden des Völkerrecht-Gericht für Kärnten und Steiermark Ihre Stellungnahmen zu antworten.

Dieses Schreiben wird Öffentlich gemacht, und auch an Alle anderen Firmen Konstrukte, die sich Ämter nennen weitergeleitet..

Gerhard aus der Familie Milkau

Domizil 9130 Pubersdorf

Waldhofgasse 11

Souveräner Mensch

KEIN VERTRAG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

OHNE REGRESSANSPRUCH

WITHOUT PREJUDICE UCC 1-308